

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich hätte ich mir in diesem Jahr keine Mühe machen müssen, eine Haushaltsrede zu schreiben. Die Rede vom letzten Jahr ist in fast allen Punkten noch aktuell. Es hat sich, was die Haushaltssituation anbelangt, nicht viel getan. Im Haushaltsjahr 2012 geht es mit unserer Gemeinde finanziell weiter den Bach runter. Nicht nur, dass es uns an Perspektiven fehlt, nein, wir müssen sogar damit rechnen, zukünftig nicht mehr ohne Einfluss von außen unseren Haushalt aufstellen zu können.

Unser strukturelles Defizit können wir nicht allein beheben; da brauchen wir Landes- und Bundesentscheidungen, die die Kommunen für die Bewältigung ihrer Aufgaben grundsätzlich besser ausstatten. Aber dennoch können wir nicht so tun, als wären wir der Situation hilflos ausgeliefert. Mit der Erhöhung der Kreisumlage haben sich die finanziellen Bedingungen erheblich verschlechtert.

Wir müssen uns vor Augen führen, dass wir mit unserem Schuldenstand pro Einwohner schon Ende 2010 mit 1.734 € pro Kopf Spitzenreiter im Main-Taunus-Kreis waren. Anstatt jetzt auf die Bremse zu treten und reinen Wein einzuschenken, machen wir weiter wie bisher und steigern unsere Verschuldung bis zum Jahresende 2012 auf rund 22 Millionen Euro. Und damit nicht genug! In den kommenden Jahren wird es weiter stetig aufwärts gehen.

In der Frankfurter Rundschau vom 7.12. ging es in einem Artikel um Kommunen-Rating. Dort hieß es: „... *Es könnte sogar schwierig werden, überhaupt an einen Kredit heranzukommen. Die staatseigene Förderbank KfW hat schon laut über Kreditobergrenzen, nämlich 750 Euro pro Einwohner, nachgedacht. Und eine krisengeschüttelte Großbank sagt, sie wolle sich als Erstes von den Kommunen als Kreditkunden verabschieden. Vielen Landesbanken geht es zudem auch nicht gerade prächtig. ...*“ Das zeigt; wir müssen uns warm anziehen und uns auf deutlich schwierige Bedingungen vorbereiten.

Handeln statt Jammern ist jetzt angesagt. Wir wollen doch weiterhin handlungsfähig bleiben und selbst über unseren Haushalt bestimmen. Dann müssen wir jetzt aber in die Puschen kommen. Das vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept erscheint uns mehr eine Rechtfertigung für unsere Ausgaben zu sein, als eine Perspektive aufzuzeigen, den Haushalt auszugleichen und die Verschuldung zu senken. Alle Hoffnungen ruhen mehr oder weniger auf der Vermarktung des Mönchhofgeländes. Wir GRÜNEN meinen – das ist zu wenig. Und bis dort alles fertig ist, das dauert noch. Wir müssen vorher gegensteuern und zwar massiv.

1,9 Mio Euro müssen wir durch die erhöhte Kreisumlage in diesem Jahr mehr an den Kreis zahlen. Die GRÜNE Fraktion im Kreistag hat sich dafür eingesetzt, dass im nächsten Jahr darüber nachgedacht wird, wie der Kreis die Kommunen entlasten kann. Uns ist es wichtig, dass auch finanzschwache Kommunen im Kreis die Aufgaben und Standards erfüllen können. In den Bereichen Schulkinderbetreuung, Kleinkinderbetreuung, Schulsozialarbeit und Seniorenberatung könnte der Kreis die kommunalen Haushalte entlasten. Diese Möglichkeiten sollen geprüft werden; dem haben sich alle Fraktionen im Kreistag angeschlossen.

In Kriftel wurden in den letzten Jahren erhebliche Investitionen in die Infrastruktur getätigt, was die kommenden Haushalte mit Abschreibungen und Zinszahlungen belastet. Sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen werden hier in Kriftel sehr gute Bedingungen geboten.

Allerdings fehlt uns offenbar das nötige Selbstbewusstsein, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch einen Solidarbeitrag für diese Qualität von Bürgerinnen und Bürgern bzw. Unternehmen einzufordern. Wir haben im letzten Jahr eine Erhöhung der Grundsteuer B, die gleichmäßig alle Bevölkerungsgruppen belasten würde, vorgeschlagen. Das wurde abgelehnt. Auch an die Gewerbesteuer trauen wir uns nicht ran. Aber Qualität kostet – und die Geiz-ist-geil-Mentalität führt zu gesellschaftlich schlimmen Auswüchsen.

Der Ausbau von Infrastruktur bringt zwar Vorteile, hat aber – wie alles – auch eine Kehrseite auf die wir GRÜNE traditionell ein besonderes Auge haben. Mit Eschborn und Schwalbach bilden wir das Spitzentrio der Kommunen mit der höchsten Siedlungs- und Verkehrsfläche. Fast die Hälfte unserer Gemarkung ist mit Gebäuden und Straßen zugebaut. Die Naherholungsräume werden immer kleiner. Aus unserer Sicht keine gute Entwicklung. Die Menschen in Deutschland werden immer weniger; und die Verdichtung im Rhein-Main-Gebiet führt zu einem Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. Die dadurch entstehenden Probleme werden auch wir mit finanzieren müssen. Insofern stünde uns Maß halten sehr gut an. Der Flughafenausbau ist aus meiner Sicht einer der Auswüchse, die ein Zuviel an Wachstum in dicht besiedeltem Raum hervorruft. Selbst Befürworter des Ausbaus hätten nicht gedacht, dass ihnen das zugemutet würde, was heute Realität ist. Und es sind nicht nur die Menschen aus Flörsheim, Hattersheim und Hochheim, die auf den Barrikaden sind. Nein, es sind zum Beispiel auch die Reichen vom Sachsenhäuser Berg in Frankfurt. Quer durch alle Schichten geht der Protest und damit auch das sinkende Vertrauen in die Politik. Die Menschen sind enttäuscht und mussten erfahren, dass die Versprechen von Politikern manchmal nichts wert sind.

Um unseren Haushalt in Ordnung zu bringen brauchen wir die Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen Unternehmen. Solidarität entsteht aber nur dort, wo transparent und nachvollziehbar dargelegt wird, wie schwierig die Lage ist und welche Handlungsalternativen es gibt. Im Klartext heißt das: wir müssen den Haushalt erklären und zwar so, dass ihn jeder verstehen kann. Schon mehrfach haben wir in den vergangenen Jahren gefordert, dass der Haushalt im Rahmen einer Bürgerversammlung interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt wird. Bislang allerdings ohne Erfolg.

Auch die SPD hat uns beim Thema Bürgerversammlung zum Haushalt bislang nicht unterstützt. Umso mehr hat uns ihr Antrag erstaunt, den Bürgerhaushalt einzuführen. Der Bürgerhaushalt ist ein formelles Verfahren, das in einigen Kommunen bereits praktiziert wird. In Frankfurt wurde das Verfahren erstmalig angewandt und kostet ca. 1,2 Mio Euro. Es gab bereits Bürger, die vorgeschlagen haben, dieses Verfahren wieder einzusparen. So sehr auch wir die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen wollen – in dieser Haushaltslage ein kostenintensives Verfahren aufzusetzen, können wir nicht befürworten. Der GRÜNE Oberbürgermeister von Darmstadt, Jochen Partsch, hat mit großem Erfolg eine Bürgerversammlung in Darmstadt durchgeführt, in dem er den Haushalt verständlich vorgestellt hat und Meinungen der BürgerInnen dazu gesammelt hat. So sollten wir das auch in Kriftel machen – so fordern wir es schon seit unsere Haushaltslage schwierig ist. Das kostet kein zusätzliches Geld, zumal eine Bürgerversammlung pro Jahr ohnehin abgehalten werden sollte. Leider gibt es in diesem Jahr gar keine – das bedauern wir sehr.

Wir GRÜNE haben zum Haushalt nur zwei Anträge vorgelegt. In einem möchten wir, dass ein moderierter Dialog angestoßen wird, in dem gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Vertretern der örtlichen Wirtschaft ein strategisches

Konzept für die zukünftige Entwicklung von Kriftel erarbeitet wird, auf dessen Grundlage die Entscheidungen in Politik und Verwaltung zielgerichtet getroffen werden können. Wir haben diesen Antrag zunächst zurückgestellt, da uns die Verwaltung über das vor Jahren für den Wirtschaftsstandort Kriftel entwickelten Konzepts informieren möchte.

Ein weiterer Antrag von uns ist, die Sitzungsprotokolle von Gemeindevertretungs- und Ausschusssitzungen nur noch auf Wunsch in Papierform zu verteilen. Das führt zu Einsparungen beim Papierverbrauch. Wir verbinden damit außerdem die Hoffnung, dass die Akzeptanz des für einiges Geld installierten Ratsinformationssystems mit der Zeit zunimmt.

Weitere Anträge wären uns durchaus noch eingefallen. Allerdings haben wir die Erfolgchancen nach den Erfahrungen vom letzten Jahr als wenig aussichtsreich eingeschätzt. Wenn die Mehrheitsfraktion dagegen ist, hat sich die Sache erledigt. Da sich diese Situation nach der Kommunalwahl im letzten Jahr nicht geändert hat, werden wir uns künftig der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung anschließen und mögliche Ansatzpunkte dort abstimmen, auch wenn es uns nicht schmeckt, dies quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu tun. Demokratie lebt von Transparenz. Die unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen müssen deutlich werden, damit sich Wählerinnen und Wähler ein Bild machen können.

Beim Sparen müssen wir auch die kleineren Positionen betrachten. Den FDP-Antrag zur Kürzung der Position Öffentlichkeitsarbeit um 9.000 EURO haben wir unterstützt. Wir meinen, die Imagebroschüre für Kriftel kann auf bessere Zeiten verschoben werden, wenn sie überhaupt noch zeitgemäß ist. Imagepflege kann verstärkt im Internet betrieben werden und Broschüren überholen sich meist schneller als die gedruckten Exemplare aufgebraucht werden können. Bei mir persönlich stoßen Hochglanz-Broschüren schon länger auf Widerwillen. Es gibt da zu wenig, was wirklich nützlich und hilfreich ist. Leider scheiterte dieser Antrag. Den Antrag der FDP, die Vereinsmittel um pauschal 10 Prozent zu kürzen, haben wir in dieser Form nicht unterstützt. Wir meinen aber, dass dieser Bereich bei der Betrachtung von Einsparungen nicht ausgeschlossen werden darf.

Ich bin mir sicher, dass auch bei den Vereinen ein gehöriges Solidaritätspotential steckt, das sich möglicherweise niemand mehr zu äußern traut, wenn vom Chef sofort zum Angriff geblasen wird. Der gesellschaftliche Wert der Vereinsarbeit drückt sich nicht allein in Geld aus. Auch von den Vereinen sollte Solidarität mit einer Gemeinde eingefordert werden, in der seit vielen Jahren Vereinsförderung ganz groß geschrieben wird. Die Gemeinde fördert die Vereine auf vielen Ebenen, nicht nur finanziell.

Ich glaube, dass die ehrenamtlich Tätigen ihre Arbeit mit Interesse und Freude an der Tätigkeit tun und nicht deshalb, weil der Bürgermeister am Jahresende einen Scheck überreicht.

Bei den großen Ausgabeposten, wie der Kinderbetreuung müssen wir die Kostenstruktur und den Einnahmenbereich genauer untersuchen. Wir sollten unser Qualitätskriterium der kleinen Gruppen von 20 Kindern auf jeden Fall beibehalten. Die Kinder sind heute zunehmend äußeren Belastungen ausgesetzt und benötigen in diesem Alter verlässliche Bezugspersonen, die auch Zeit haben, ihnen zuzuhören. Je größer die Gruppen sind, desto weniger können Kindertagesstätten diesem Anspruch gerecht werden. Investitionen in diesem Bereich wirken daher präventiv und tragen dazu bei, Kosten bei den Sozialsystemen zu vermeiden. Alle Fraktionen stimmen darin überein, dass dieser frühe Bildungsbereich wie die Schule steuerfinanziert werden sollte. Bis dieser Wunsch allerdings Wirklichkeit wird, müssen wir die

Eltern angemessen beteiligen. Für die Übernahme dieser Finanzierung sind die Kommunen derzeit nicht ausreichend mit Geld ausgestattet. Das können wir den Eltern nicht ersparen. Nur so entsteht Druck auf Landes- und Bundesebene.

Allerdings, und das möchte ich ausdrücklich betonen, müssen wir bei allem was wir tun, auch an die Schwächsten in unserer Gesellschaft denken. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer. Insbesondere die Armut im Alter wird zukünftig immer mehr ein Thema werden. Auch in Kriftel wächst die Bevölkerungsgruppe der über 65jährigen. Die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe über 55 hat sich in Kriftel im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Anstatt Wohneigentum zu fördern müssen wir vielleicht auch darüber nachdenken, wie wir die steigenden Mieten für Geringverdiener entlasten können.

Wie in jedem Jahr danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die ausführlichen Unterlagen und ihre Bereitschaft, für weitere Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Es bleibt für uns ehrenamtliche PolitikerInnen trotzdem schwer, dieses umfangreiche Werk in allen Einzelheiten zu durchschauen, zumal wir diese Arbeit in einer relativ kurzen Zeitspanne zu erledigen haben.

Anmerken möchte ich außerdem, dass wir den Haushalt ohne Vorliegen von Ist-Zahlen für 2010 beurteilen mussten. Zu der Planzahl 2011 lag als Ist-Wert nur der Bericht für das erste Halbjahr vor. Das muss in Zukunft besser werden. Eine Kontrolle ist so nur schwer möglich.

Wer jetzt nach meiner Rede meint, „die sieht ja nur schwarz“, dem möchte ich sagen, dass ich optimistisch bin, dass wir gemeinsam mit einer Strategie, Entschlossenheit und Solidarität die Haushaltssituation erheblich verbessern könnten.

Abschließend bleibt zu sagen: Dieser Haushalt ist nicht unser Haushalt. Er ist im Wesentlichen der Haushalt der Mehrheitsfraktion. Dieser Haushalt zeigt keine Perspektiven auf, wie wir aus dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage wieder herauskommen. Bis 2015 werden neue Schulden in Höhe von etwa 18 Millionen Euro entstehen. Die Mehrheitsfraktion verfügt über die Stimmenmehrheit und die sollte sie nutzen, um ihren Haushalt durchzubringen. Unsere Anteile daran sind zu begrenzt, als dass wir zustimmen könnten.

Dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke werden wir zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!